

Erziehung zur Mündigkeit

Zu: „Wege aus der Dauerschleife“, FR-Feuilleton vom 25. Februar

Stephan Hebel hängt seine (zustimmenden) Gedanken an dem Satz von Frau Kipping auf: „Unsere Welt hat längst kein Außen mehr“. Er kommt dazu: „Wer der verbreiteten Ideologie des Pragmatismus huldigt, wird hier leicht mit den Achseln zucken“ und fährt fort: „Genau dies aber kann sich unsere Gesellschaft nicht mehr leisten. Zu konkret ist die Bedrohung, dass individuelle Freiheit durch autoritäre Gemeinschaft, sozialer internationaler Ausgleich durch nationalen Fanatismus, ökologisches Handeln durch Lügen und Leugnen ersetzt wird. Gut möglich, dass sich das nur verhindern lässt, wenn die Gesellschaft lernt, vermeintlich unmögliche radikale Veränderung als einzig realistischen Weg zu begreifen“.

Dies möchte ich aufgreifen mit der Frage: Wie kommt man dahin? Ich meine, u.a. durch Bewusstseinsbildung, die die Persönlichkeit in die Lage versetzt, aktiv handelnd den Gewalt verherrlichenden Mauer-Bauern entgegenzutreten. Adorno wies den Weg in seiner „Erziehung nach Auschwitz“ mit der Erziehung zur Mündigkeit. Mündig ist, wer für sich selbst gedacht hat und nicht bloß nachredet.

Janusz Korczak hat einmal formuliert: „Früher las ich interessante Bücher (über Kinder), heute lese ich interessante Kinder“. Die zu entwickelnde edukative Haltung der lernenden Entwicklungsbegleiter*innen für

Kinder, die mich als Leitgedanken besonders in der Erzieher*innen- und Lehrer*innen-Ausbildung (und nicht nur dort) hat auch mich lernend bewegt im Seminar einer Studienreise mit Pädagog*innen aus dem Kita- und Fachschul-Bereich: Im Studienzentrum des Kibbuzes der Überlebenden der Warschauer Ghetto-Kämpfer war kurz vorher das Museum für Kinder eröffnet worden. Hintergrund für diesen hervorragend gestalteten Lernort war die Frage, wie man Kindern den Holocaust persönlichkeitsstärkend verdeutlichen kann. Im Diskurs wurden folgende Essentials entwickelt: Ein solches Lernen tritt ein für Autonomie statt Fremdbestimmung, Ideale statt Ideologie, Menschlichkeit statt Technologie, Hoffnung statt Resignation, kritische Kompetenz statt unkritischer Konsumtion, Verbundenheit statt Ichbezogenheit.

Handlungsleitende Prinzipien dabei sind z.B. das Anknüpfen an der Lebenswirklichkeit und Persönlichkeit der Lernenden, die Stärkung der kommunikativen Kompetenzen, Förderung des selbstorganisierten Lernens, der Orientierung und Bewertung.

Also: Auf! „Eine offene Schule neu denken, das können mehrere von uns; eine offene Schule neu machen, fast keine*r“, so Jürgen Zimmer 2001 in „Die Ausbildung der Erzieher*innen neu erfinden“ Machen wir es!

Klaus-Peter Krahl, Erzhausen

Wir können auch anders

Zu: „Der utopische Raum“, FR-Magazin vom 17. Februar

Es freut mich sehr, dass die FR nun immer wieder mal Ideen aus Zukunftswerkstätten publiziert. Allzu viele Menschen haben – zu Recht, wie ich finde – großes Unbehagen gegenüber den Auswirkungen unseres ökonomischen Systems und auch in Hinblick auf die Anfälligkeit der praktizierten Demokratie gegenüber Macht, Lobbyismus und Vorteilsnahme.

Gleichzeitig herrscht aber leider überwiegend eine pessimistische Haltung in Hinblick auf Alternativen vor. Und ein negatives Menschenbild, das negative Verhaltensweisen, zu denen die jetzigen Systemstrukturen uns oft geradezu nötigen, irriger Weise in die Menschennatur einschreibt.

Es ist wichtig zu verbreiten: Wir Menschen können – und wollen – auch anders, wenn die gesellschaftlichen Strukturen das zulassen. Gemeinwohlorientierung muss die Profitorientierung als Ziel ablösen und Kooperation als Treibmittel die Konkurrenz.

Dies ist eine Aufgabe, die auch der Druck der Straße der Politik nahe bringen muss.

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Alle Leserbriefes dieser Ausgabe des Leserforums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht: frblog.de/lf-20200302

Endlich versorgt? Von wegen!

Zu: „300 Hausärzte fehlen“ u. „SPD will Landarztquote“, FR-Regional v. 15. u. 18.2.

Diese Problematik betrifft auch mich. Ich bin seit fünf Jahren als niedergelassene Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie in Frankfurt tätig. Auch in meinem Bereich gibt es offiziell eine Überversorgung in Frankfurt-Stadt. Da es aber – ähnlich wie bei den Hausärzten – erhebliche Probleme gibt, Nachwuchs zu finden und da parallel die Anzahl der behandlungsbedürftigen Patientinnen und Patienten in meinem Bereich steigt, wird die Nachfrage nach Psychiaterinnen und Psychiatern größer. Hinzu kommt, dass Frankfurt eine Pendlerstadt ist. Patientinnen und Patienten kommen aus ganz Hessen zu mir. Sie müssten hinzugerechnet werden, um eine valide Neubewertung der Versorgungslücke zu erhalten. Die Berechnungsgrundlagen nur anhand von Bevölkerungszahlen sind m.E. vollkommen falsch.

Gesundheitsminister Spahn suggeriert mit den Terminservicestellen (TSS) über die Telefonnummer 116117, dass jede und jeder zeitnah einen Termin bekommt. Das heißt aber nicht, dass diese Menschen fachärztlich weiter versorgt werden können. Ich betreue mit einem sogenannten halben Kassensitz (also in Teilzeit) rund 700 Menschen pro Quartal und komme damit an meine Belastungsgrenze. Jeden Tag müssen meine Mitarbeiterinnen Anfragen von Neupatientinnen und -patienten ablehnen. Diejenigen, die einen

Termin über die TSS erhalten, freuen sich, weil sie denken, jetzt werden sie endlich psychiatrisch versorgt. Aber ich kann ihnen keine Folgetermine anbieten, weil ich sonst keine Zeit mehr für meine anderen Patientinnen und Patienten habe, die regelmäßig und seit Jahren zu mir kommen. Ich muss bei jedem mir von Herrn Spahn aufgezwungenen Termin über die TSS Menschen enttäuschen, da ich sie nur einmal sehen werde. Die TSS sind übrigens finanziert durch die Kassenärztliche Vereinigung, die aus dem Lohntopf der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte finanziert wird. Dieser Terminvorgabenzwang wird auch noch von uns finanziert.

Ich bin der festen Überzeugung, dass seelisch kranke Menschen eine genau so große Lobby wie andere Patientinnen und Patienten verdient haben. Trotzdem weiß ich nicht, ob ich diesen Beruf in der Niederlassung noch länger als fünf Jahre ausüben werde. Ich bin auch nicht sicher, ob ich einer jüngeren Kollegin die Arbeit in einer eigenen Praxis oder auch Praxisgemeinschaft empfehlen kann. Ich bin nicht die einzige, die so denkt, d.h. die Versorgungslücke wird in nächster Zeit nicht nur darin bestehen, dass aus Altersgründen abgegebene Sitze nicht mehr belegt werden können, sondern auch dadurch, dass bestehende Praxen sich auflösen werden.

Dr. Katja Bonardi, Frankfurt

HP_0LES02FRDA - B_180334

